

Die UGÖD hat gewählt:

Zwei (!) Nachfolger für Reinhart S. 2

Gemeinsam erreichen wir mehr:

Kooperation ULV und UGÖD S. 4

Salzburger Personalvertretungs-Wahlen:

**UGÖD gewinnt erstes Mandat
im Zentralausschuss** S. 6

AUGE-UG Landeswahlversammlung:

AK Wien mit UGÖD-Frauenpower S. 7

Abschluss niedriger als der Warenkorb:

**GÖD-Gehaltsverhandlungen:
Wenig Erfolg** S. 8

Unsere Analyse zum GÖD-Verhandlungsergebnis:

Wer kämpft, kann verlieren... S. 10

10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention
ohne Folgen:

Kein barrierefreies Österreich S. 12

Gegen 12h-Arbeitstage! Für ein gutes Leben:

**ÖGB-Dauerdemo vor dem
,Haus der Industrie'** S. 14

Stellungnahme zur Novelle des Symbole-Gesetzes:

Gegen EU-Recht und Gesetze S. 16



Die UGÖD hat gewählt:

Zwei (!) Nachfolger für Reinhart Sellner!



Wir wählten Manfred Walter (li.) zum neuen UGÖD-Vorsitzenden, und Gary Fuchsbauer (re.) zu unserem künftigen Mandatar im GÖD-Vorstand.

Reinharts Teamgeist

Was wären wir ohne unseren **Reinhart Sellner**? Es ist kaum zu glauben – Reinhart ist bereits 71!

Noch immer radelt er täglich quer durch Wien, noch immer arbeitet er oft bis lange nach Mitternacht, macht richtig feine Musik, und bis Samstag 6. 10. 2018 war er noch unser Vorsitzender und gleichzeitig Mandatar im GÖD-Vorstand.

Reinhart hat aus einem bunten Haufen engagierter Aktivis-

tInnen tatsächlich eine richtige Gewerkschaftsfraktion gemacht! Wir haben es seiner unnachahmlichen Geduld und seiner sanftmütigen

Liebe zur Gerechtigkeit zu verdanken. Und wir glauben, wir sind inzwischen ein tolles Team geworden!

Kampf bis zum Höchstgericht gewonnen

In der GÖD waren wir erst 2015 (!) nach einem jahrelangen Rechtsstreit als 3. Fraktion anerkannt worden. Nicht ganz freiwillig, aber zähneknirschend akzeptierte die GÖD das OGH-Urteil.

Warum wir unser GÖD-Wahlergebnis erst mühsam bis zum Höchstgericht einklagen mussten, das ist eine längere Geschichte – die erzählen wir euch ein anderes Mal.

Und so wurde Reinhart als unser Hauptkläger bei der GÖD-Bundeskonzferenz 2015 endlich auch in den GÖD-Vorstand mit aufgenommen. Nur war Reinhart während des langen Rechtsstreits schon pensioniert worden. Doch er kannte die GÖD einfach am besten. Und so ergriff er für uns diese

wundervolle Gelegenheit auf echte tatkräftige Mitbestimmung. Mit großem Erfolg!

Wer lange währt, ist richtig gut

Schon lange wünschte sich Reinhart eine würdige Nachfolge für seine Funktion als UGÖD-Vorsitzender und auch für sein Mandat im GÖD-Vorstand – teils aus Altersgründen (Jg. 47), aber auch ganz im Sinne der Kontinuität unserer parteiunabhängigen Fraktionsarbeit. Denn inzwischen sind wir stark gewachsen, und mit ihm gemeinsam haben wir viel erreicht! Nun möchte Reinhart die hart erkämpfte Chance weitergeben, unsere Gewerkschaft von innen heraus zu verbessern.

Neues Team, gleiche Werte

Die außerordentliche UGÖD-Bundeskonferenz am 6. 10. 2018 wählte **Manfred Walter** mit großem Applaus zu unserem neuen Vorsitzenden! Und unser künftiger Referent im GÖD-Vorstand wird **Josef Gary Fuchsbauer** sein! Wir gratulieren den stolzen Neugewählten von Herzen und freuen uns schon

auf die tolle Zusammenarbeit! Und wir danken Reinhart für alles, alles alles alles! Wir danken auch allen TeilnehmerInnen der Bundeskonferenz für die richtig tolle Stimmung! Es war ein wunderschönes und konstruktives Treffen! Und ja, wir sehen uns gerne wieder, so bald wie möglich!

Versprochen.



Fast schon Geschwister geworden: Unsere beiden UGÖD-Vorstände Beate Neunteufel-Zechner und Reinhart Sellner



Ein wunderschönes UGÖD-Gruppenfoto während unserer außerordentlichen Bundeskonferenz in Salzburg



Mehr auf
ugod.at/neuer-ugod-vorsitz

Gemeinsam erreichen wir mehr!

Kooperation: ULV und UGÖD

Stolz zeigen Manfred Walter (li.), Christian Cenker (m.) und Beate Neunteufel-Zechner (re.) die gemeinsame Übereinkunft.



Wir freuen uns, die **Kooperation der UGÖD mit dem ULV** bekannt zu geben, dem Verband des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten.

Der ULV ist parteipolitisch unabhängig und umfasst all jene staatlichen Universitäten, die im Universitätsgesetz 2002 (UG02) genannt sind.

Schon seit längerem ziehen wir gemeinsam an einem Strang. Nun haben wir auch ganz offiziell die Rahmenbedingungen zu Papier gebracht. Die Kooperation mit den Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst findet insbesondere bei Personalvertretungswahlen (Zentralausschuss

Wissenschaft) und im Bereich der Interessenvertretung in der GÖD-BV13 statt.

Gemeinsam unterstützen wir unabhängige Fraktionskandidaturen bei Betriebsratswahlen und bringen unsere Anliegen mit Anträgen in die Arbeiterkammer. Wir erwarten durch diese Kooperation neuen Schwung in der Kommunikation unserer Themen in der Arbeitswelt der Universitäten, neue Ideen sowie eine gute Zusammenarbeit.

Christian Cenker
ULV Dachverband

Beate Neunteufel-Zechner, Manfred Walter
UGÖD-Vorstand



ugod.at/ulv-und-ugod

Der ULV stellt sich vor

Warum eine Kooperation?

Die am 6.11.2018 besiegelte Kooperation der UGÖD mit dem ULV, dem Verband des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten, ermöglicht insbesondere unabhängige Fraktionskandidaturen bei Betriebsratswahlen und Zusammenarbeit im Bereich der Interessenvertretung des wissenschaftlichen und künstlerischen Universitäts-Personals (GÖD-Bundesvertretung 13).

Historisch bildete sich der ULV aus dem gesamtösterreichischen Dachverband lokaler „AssistentInnenverbände“ und entwickelte sich rasch zum **Verband für alle Gruppen von UniversitätslehrerInnen**.

Für ein solidarisches Miteinander

Der ULV steht strategisch für Interessenausgleich, gemeinsame Meinungsbildung und Solidarität, sowie gegen Hierarchie und Zeitgeist.

Dabei stehen das Zusammenwirken des wissenschaftlichen und künstlerischen Universitätspersonals mit den Studierenden, die Unterstützung durch das allgemeine Universitätspersonal sowie die erkenntnisgeleitete Lehrtätigkeit als konstitutive Merkmale der Universitäten im Vordergrund.

Für gerechten Lohn und gute Arbeitsbedingungen

Damit die Lehre an den Universitäten unabhängig von politischen, ideologischen, religiösen oder anderen, durch Partikularinteressen gesteuerten Einflüssen stattfinden kann, fordert der ULV angemessene Entlohnung, planbare Karriereöglichkeiten, wissenschaftlichen und künstlerischen Austausch, sowie KV-konforme Arbeitsverträge, die den Anforderungen an das Universitätspersonal nicht zuletzt hinsichtlich Arbeitsmittel und zeitlicher Ressourcen gerecht werden.

Diese Forderungen stehen für die unabdingbare Voraussetzung dessen, was von den Universitätsangehörigen zu Recht erwartet wird: Sie sichten, dokumentieren, bewahren und bereiten Wissen für weitere Forschung, Erschließung der Künste und deren Lehre sowie für die Gesellschaft auf, entwickeln es weiter und sorgen zum Nutzen der Gesellschaft für dessen Verbreitung.

Echte Interessenvertretung statt Parteipolitik

Um dies gemeinsam zu erreichen bedarf es eines sachlichen aber gleichzeitig leidenschaftlichen Engagements, kurzum einer echten Interessenvertretung statt Parteipolitik.

Stefan Schön
Pressesprecher ULV-Dachverband

Salzburger Personalvertretungs-Wahlen erstmals mit unabhängiger Liste:

UGÖD gewinnt Mandat im Zentralausschuss!



Die unabhängigen Salzburger Personalvertreter_innen

UGÖD erreicht erstes Zentralausschuss-Mandat bei Landesbediensteten!

Große Freude bei unseren Unabhängigen in Salzburg: Auch die Personalvertretung des Landes Salzburg ist nun ein Stück „bunter“ geworden: Der UGÖD Salzburg gelang beim Erstantritt der Einzug in den Zentralausschuss!

In Salzburg gingen am 12. November die Personalvertretungswahlen der Landesbediensteten zu Ende. 2.300 Bedienstete im Land Salzburg waren aufgerufen, ihre Personalvertretungen auf Dienststellenebene (entspricht in etwa dem Betriebsrat)

und auf Zentralausschussebene (entspricht etwa dem Zentralbetriebsrat) zu wählen.

Der aktuelle Mandatsstand im Zentralausschuss der Salzburger Landesbediensteten: FCG 8, FSG 6, UGÖD 1 Mandat.

Herzlichen Dank an unsere Wählerinnen und Wähler!

Die UGÖD freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit der FCG und der FSG im Sinne aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



ugod.at/salzbürger-personalvertretung-erstmals-mit-ug-liste



**UGÖD mit 5x Frauenpower
bei der AK-Wahl Wien**

Die AUGE/UG hat 5 engagierte UGÖD-Frauen zur Arbeiterkammer-Landeswahl Wien 2019 für die ersten 30 Listenplätze nominiert:

- Viktoria Spielmann**
- Marion Polaschek**
- Cécile Undreiner**
- Connie Lamm**
- Angela Packert**

Wir freuen uns schon auf einen konstruktiven und spannenden AK-Wahlkampf! Viktoria und Marion werdet ihr in Kürze auch auf zahlreichen AUGE/UG-Plakaten sehen.

Später mehr... lasst euch überraschen!

Zusammenhalten. Gerade jetzt!

Damit Spaltung und Hetze keine Chance haben.



ugod.at/ak-wien-mit-ugod-frauenpower

Alle UG-KandidatInnen:

diealternative.org/belvederegasse/2018/11/gewählt-die-liste-der-augeug-zur-wiener-ak-wahl/#more-5321

Abschluss niedriger als der Warenkorb des Wochenbedarfs:

GÖD-Gehaltsverhandlungen: Wenig Erfolg



Großer Kaufkraftverlust in niederen Lohnstufen

Die Lohn- und Gehaltsverhandlungen der GÖD für 2019 waren aus unserer Sicht wenig erfolgreich. Die Erhöhung beträgt für alle Gehaltsstufen nur 2,33% plus 19,50 €. Die Zulagen steigen um 2,76%.

Diese stufenweise „Gehaltserhöhung“ wird den realen Kaufkraftverlust der öffentlich Bediensteten nicht aufhalten – Gründe dafür sind:

- X** Die **Mieten** stiegen 2017 um **3,6%**
- X** der **Warenkorb des Wochenbedarfs** stieg um **5,5%**
- X** die **Energiekosten** stiegen sogar um **8%**

Die offizielle Inflationsrate liegt übrigens im Jahresschnitt bei nur 2,02 Prozent.

Statt einer „Kaufkraftsteigerung“ erreichte die GÖD eine spürbare Kaufkraft-Verminderung: gleiche Arbeit, weniger Lohn.

Die Zulagen steigen nur um 2,76%

Die Erhöhung beträgt für alle Gehaltsstufen 2,33% plus 19,50 €. Damit ergibt sich (ohne Zulagen):

- z.B. 2000 Monatsbrutto: **+3,45 Prozent**
- z.B. 2000 Monatsbrutto: **+3,3 Prozent**
- z.B. 3000 Monatsbrutto: **+3,0 Prozent**
- z.B. 8000 Monatsbrutto: **+2,51 Prozent**

Zulagen werden nur mit 2,76 % erhöht, damit ist die Lohnsteigerung bei niedrigen Einkommen in Wahrheit viel geringer als von der GÖD angegeben.

**UGÖD fordert:
Sozial gestaffelte Fixbeträge!**

Magere Gehälter im EU-Vergleich

Österreich liegt bei der Einkommensentwicklung in Europa weit hinten: Platz 21 unter den 28 EU-Mitgliedsländern. Zwischen 2010 und 2018 betrug die **reale Bruttolohnsteigerung 0%** in Österreich – in Worten: Null Prozent!

Für künftige Gehaltsverhandlungen fordern die Unabhängigen GewerkschafterInnen nicht nur die Außerstreitstellung von Inflations- und Wirtschaftswachstumsraten. Auch andere Parameter aus der Lebenswirklichkeit der öffentlich Bediensteten müssen unter fairen Verhandlungspartnern Berücksichtigung finden: Wohn-, Ernährungs- und Gesundheitskosten, Bildungs- und Umweltschutzkosten.

Unserer Wirtschaft geht es gut,
aber den DurchschnittsverdienerInnen geht es immer schlechter,
weil Teuerung und Inflation die geringen Lohnerhöhungen wieder abziehen.

UGÖD forderte +5%, mindestens 100 Euro

Das den KollegInnen im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Einrichtungen von der Regierung zugestandene Verhandlungsergebnis ist weit entfernt von unseren Forderungen und Vorstellungen.

Wir forderten:

- **+5%** (2% Inflation + Wirtschaftswachstums-Anteil + Leistungssteigerung)
- **+100€ Mindestbetrag** (die MetallerInnen haben 80€ erreicht, der höhere Prozentsatz für NiedrigverdienerInnen dürfte davon weit entfernt sein)
- ein **Ende des Anstellungsstopps**
- **zusätzliche Dienstposten**
- Umwandlung prekärer und befristeter Stellen in **unbefristete Vollarbeitsplätze**

So wäre eine Abkehr von prozentuellen Gehaltserhöhungen hin zu sozial gestaffelten Fixbeträgen nicht nur gerechter gegenüber NiedrigverdienerInnen, sondern auch volkswirtschaftlich viel vernünftiger.



Cartoon: MUCH

Gehaltstabelle 2019, Datenquellen und mehr auf ugod.at/goed-gehaltsverhandlungen-wenig-erfolg/

Wer kämpft, kann verlieren...

...wer aber nicht gekämpft hat, freut sich mit der schwarz-blauen Regierung über den „Abschluss mit Hausverstand“.

von
Beate Neunteufel-Zechner,
Manfred Walter, Reinhart Sellner, Josef Gary Fuchsbauer



GÖD-Ergebnis nun als Argument gegen EisenbahnerInnen

Die schwarz-blaue Regierung hat angesichts „sprudelnder Steuereinnahmen“ den öffentlich Bediensteten 375 Millionen für die Gehaltserhöhung ab 1. 1. 2019 gewährt, was den kalkulierten administrativen Überschuss im Budget für 2019 nicht gefährdet.

Seit heute Montag benützen Verkehrsunternehmen und FPÖ-Verkehrsminister den GÖD-Abschluss zur Stimmungsmache gegen die KollegInnen EisenbahnerInnen, gegen ihre berechtigten Forderungen und gegen die von ihrer Gewerkschaft vida organisierten Kampfmaßnahmen.

Die GÖD verkündet:

Deutliche Kaufkraftsteigerung durchgesetzt!

- Erhöhung der Gehälter staffelwirksam zwischen 3,45% und 2,51%
- Erhöhung der in Eurobeträgen ausgedrückten Zulagen und Nebengebühren um 2,76%
- Gültig ab 1.1.2019

Wir ergänzen:

Die prozentuelle Gehaltserhöhung für alle beträgt plus 2,33%, dazu kommt eine einheitliche Gehaltsstaffelerhöhung um 19,50 €. Je geringer das Einkommen, desto mehr wirkt sich der Geldwert der 19,50 € auf die Prozentzahl der Erhöhung aus, d.h. $2,33 + 1,12 = 3,45\%$ für niedrigste Gehaltsstufen, $2,33 + 0,18 = 2,51\%$ für Spitzenverdiener.

Unsere Sicht:

Während die Gewerkschaften proGE und GPAdj die KollegInnen in den Betrieben mobilisierten und mit Betriebsversammlungen und Warnstreiks einen Kollektivvertrag erkämpften, der +3,46% Gehaltserhöhung, einen Mindestbetrag von € 80,- und Kompensationen für die schwarz-blauen Arbeitszeitgesetze festschreibt, **hat das GÖD-Präsidium auf die ‚Gnade‘ der ÖVP-FPÖ-Regierung gesetzt**, die Diskussion konkreter Gehaltsforderungen in den Dienststellen und Kritik an der Regierungspolitik vermieden.

Das den KollegInnen im öffentlichen Dienst von der Regierung zugestandene Verhandlungsergebnis ist weit entfernt von unseren Forderungen und Vorstellungen.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Der GÖD-Gehaltsabschluss

- X akzeptiert** stillschweigend den **Budgetrahmen der Dienstgeberseite**
- X ist keine „Kaufkraftsteigerung“!** Denn der für niedrige und mittlere Einkommen relevante **Wochenwarenkorb** („Minipreisindex“) ist um **5,5%** gestiegen, die Ausgaben für **Mobilität** um **4,1%**, **Mieten** **3,6%**, **Treibstoffpreise** **14%!**
- X ist schlechter als der Metallerabschluss** und für die niedrigen Gehaltsstufen beschämend: keine Mindesterhöhung um 80 €, sondern nur 19,50€ + 2,33%, keine deutliche Anhebung der Lehrlingsentschädigungen
- X beinhaltet keine Vereinbarungen über das Ende des Aufnahmestopps**, über Neuanstellungen und die Umwandlung prekärer Anstellungen in Normalarbeitsplätze
- X ist ohne demokratische Mitbestimmung der Gewerkschaftsmitglieder erfolgt:** keine Information, Beratung und Beschlussfassung über GÖD-Forderungen in Dienststellenversammlungen, im GÖD-Vorstand oder in der GÖD-Bundeskonzferenz
- X erweitert den Budgetspielraum der Regierung für weitere Steuergeschenke an Industrie und Vermögende**

 Mehr auf ugoed.at

Der UGÖD-Kommentar zum GÖD-Gehaltsabschluss

Kein Zufall.

Wie konnte so ein Gehaltsabschluss nur passieren? Hatte die GÖD gar nicht verhandelt? Gab die Regierung den Rahmen vor „wie immer“, und die GÖD akzeptierte ihn „wie immer“?

Möglicherweise, denn eine GÖD-Fraktion bestätigte nun unsere Befürchtung. Sie ergänzte ihre Gehaltstabellen nämlich um folgende Worte:

„Gehaltserhöhung am 1. 1. 2019 (plus 2,33%) plus Gehaltsstaffelerhöhung um 19,50 €, Zulagen (plus 2,76%)“

Da nahm man also einfach den alten Gehaltsabschluss von 2017 und legte einen „Almosen-20er“ dazu – weil die Mieten und täglichen Lebenshaltungskosten „halt so gestiegen sind“.

Kein Wort von echter Lohnerhöhung, vernünftigen Arbeitszeitvereinbarungen, zusätzlichen Dienstposten, höherer Lehrlingsentschädigung und fixen Verträgen für alle.

Gewöhnt an den Stillstand

Viele unserer KollegInnen nehmen jede Verschlechterung still seufzend hin. „Es wissen eh alle, dass wir jedes Jahr hinter dem Metallabschluss liegen“.

GÖD und Regierung muten den öffentlich Bediensteten zu, dass sie mit einem Nicht-Ergebnis zufrieden sein sollen, und dass sie sich – im Unterschied zu anderen Branchenvertretungen – gar keine Verbesserung der Arbeitszeitvereinbarungen mehr erwarten mögen.

UGÖD: Gute Leistung, gute Bezahlung

Wir fordern gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für unsere gute Leistung! Schließlich arbeiten wir alle täglich hart, damit es den Menschen in Österreich gut geht.

Kein barrierefreies Österreich



Bild: G. Altmann

von **Manfred Pacak**
UGÖD-Behindertenbeauftragter

Kein barrierefreies Österreich

Seit über einem Jahrzehnt gibt es die UN-Konvention für Rechte von Menschen mit Behinderung. Österreich hat sich mit deren Ratifizierung am 26. Oktober 2008 unter anderem dazu verpflichtet, die Inklusion von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt und die Umsetzung der Barrierefreiheit in ganz Österreich zu forcieren.

Einige Zielvorgaben der Behindertenrechtskonvention konnten durch einen Monitoring-Ausschuss und mit einem nationalen Plan erreicht werden.

Gebäude: Keine einheitlichen Mindeststandards

Besonders mangelhaft ist jedoch noch immer die Umsetzung der Barrierefreiheit im Bauwesen. Umsetzungsfristen werden von Bund und Ländern immer weiter in die Zukunft verschoben. Durch zu viele verschiedene und ständig sich verändernde Bauverordnungen kommt es sogar zur Verschlechterung von Mindeststandards der Barrierefreiheit in großem Ausmaß. Die UGÖD fordert daher von der Bundesregierung eine für ganz Österreich einheitliche Regelung zur Einbindung von Barrierefreiheit ab der Planung von neuen Bauvorhaben und eine bundesweite Förderung zur Umsetzung von Maßnahmen für barrierefreien Zugang in bestehender Bausubstanz. An Innovationskraft und

technischer Umsetzbarkeit mangelt es sicher nicht, es fehlt vielmehr das Bewusstsein dafür, dass Barrierefreiheit langfristig allen Menschen – vom kleinen Kind bis hin zu sehr alten Leuten dient.

Sorge über das aktuelle Regierungsprogramm

„Die Fehlentwicklungen im Bildungsbereich durch das aktuelle Regierungsprogramm der Bundesregierung machen mich besorgt“, äußert sich Manfred Pacak, UGÖD-Behindertenbeauftragter, der die Wiedererrichtung von Sonderschulklassen für behinderte Kinder für einen durch nichts zu rechtfertigenden Rückschritt hält.

UGÖD fordert Integration und Inklusion

„Behinderte Kinder können und sollen in den Regelunterricht integriert werden, Inklusion muss das Ziel sein und ist oft durch überraschend einfache und kostengünstige Lösungen möglich“, so Manfred Pacak. „Ich wünsche mir mutige Schritte zur rascheren und effizienteren Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Österreich.“



Die aktuelle österreichische Bundesregierung beschließt derzeit in beängstigendem Tempo Gesetze gegen die Ärmsten und Schwächsten. Wohin das führen mag, wird die Geschichte zeigen.



Mehr auf ugod.at/kein-barrierefreies-oesterreich

Gegen 12-Stunden-Arbeitstage! Für ein gutes Leben!

ÖGB: 12-Stunden-Dauer-Demo vor dem ‚Haus der Industrie‘



12. Oktober 2018.

12-Stunden-Protest der ÖGB-Gewerkschaften gegen Arbeitszeitverlängerung, gegen die wahren Auftraggeber und Nutznießer der schwarz-blauen Regierungspolitik

von
Beate Neunteufel-Zechner,
Reinhart Sellner,
Manfred Walter

Solidarität von Arbeitern, Angestellten und öffentlich Bediensteten ist unsere Stärke

Nicht nur Arbeiter- und Angestellte, sondern auch öffentliche Bedienstete sind vom schwarz-blauen Arbeitszeitgesetz betroffen.

Wie alle anderen Branchen der Privatwirtschaft stehen nun auch die ausgegliederten Betriebe des Bundes und der Länder vor Kollektivvertragsverhandlungen. Es geht um die Abwehr der von der Industriellenvereinigung in Auftrag gegebenen Arbeitszeitverlängerung, gegen damit verbundene Mehrbelastungen der KollegInnen und um das

Mitspracherecht der Betriebsräte bei Betriebsvereinbarungen und der Gewerkschaften bei Kollektivverträgen.

Beamten und Vertragsbedienstete werden nicht länger verschont bleiben

„Beamten und Vertragsbediensteten werden nicht länger verschont bleiben, auch wenn ihre Arbeitszeit, Zuschläge und Einkommen nicht durch Kollektivverträge, sondern durch Gesetze geregelt sind“, erklärt Reinhart Sellner. „Dienst- und Besoldungsrecht sind kein Schutz vor Ver-



Mit 12 Stunden Live-Streaming, harten Worten und guter Musik zeigten wir der Industriellenvereinigung lautstark, wie schrecklich lang zwölf Stunden sein können.

schlechterungen, denn sie werden laufend überarbeitet, und zwar im Rahmen bestehender Arbeitszeit- und Arbeitsruhegesetze.“

In der Tat haben die ÖVP-FPÖ-Regierung und ihre Abgeordneten im Parlament die Arbeitszeitgesetze im Eiltempo umgeschrieben, ohne reguläres Begutachtungsverfahren und ohne Verhandlungen mit ÖGB und Arbeiterkammer.

Seit 1. September 2018 sind diese einseitigen Bestimmungen in Kraft – ohne sozialpartnerschaftliche Mitwirkung, zum Vorteil profitorientierter Unternehmer, zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen, ihrer Gesundheit, ihrer Mitbestimmungsrechte und ihrer Lebensqualität.

12h Arbeit = 16.5h Kinderbetreuung!

12 h Arbeit
 + 0,5 h unbezahlte Pause
 + 2 h Hinfahrt
 + 2 h Rückfahrt

 = 16,5h tägliche Kinderbetreuung?!

Fotos und Videos auf ugod.at/12h-dauerprotest

Gegen EU-Recht und bestehende Gesetze



von
Georg Becker und
Beate Neunteufel-Zechner

Der Entwurf seitens des Bundesministeriums für Inneres zu einem „Symbole-Gesetz“ entspricht nicht zwingendem EU-Recht!

Im Anhang zum Gesetzesentwurf heißt es wörtlich:

„Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechtes der Europäischen Union.“

Die **Rechte und Pflichten** der Menschen, die im Staatsgebiet der Republik Österreich leben, werden insbesondere **durch das Strafgesetzbuch** und seine Nebengesetze geregelt **und durch unabhängige Gerichte sanktioniert** – sofern ein Sachverhalt einem Straftatbestand unterstellt wird. Das betrifft auch Tatbestände wie „Verhetzung“!

Die mehrfach staatsvertraglich und verfassungsrechtlich gewährleisteten **Menschen- und Grundrechte dürfen einfachgesetzlich nicht ausgehöhlt werden!** Konkret sind dies:

- Meinungsäußerungs- & Empfangsfreiheit
- Vereinsfreiheit


Darüber hinaus ist das mit dem Staatsvertrag vom Mai 1955 verbundene Verfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 „über die immerwährende Neutralität“ auch in diesem Zusammenhang zu beachten, weil einige der vom Symbole-Gesetz möglicherweise betroffenen Organisationen bzw. Gruppierungen als „kriegsführende Parteien“ zu betrachten sind.

Auch pragmatische Überlegungen zur Belastung der Exekutive (Polizei) und deren „Kontrollbefugnissen“ lassen für die UGÖD nur den Schluss zu, den gegenständlichen **BMI-Vorschlag zur Gänze abzulehnen.**



Quelle:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME_00081/index.shtml



Jesus war Flüchtlingskind.



Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Bundesleitung der UGÖD, Belvederegasse 10/1, A-1040 Wien
Fax: (01) 505 19 52-22, email: office@ugoed.at

Vorsitzende:

Beate Neunteufel-Zechner, Manfred Walter

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 2:

Medieninhaber (Verleger) sind die Unabhängigen Gewerkschafter/innen im Öffentlichen Dienst (UGÖD).
Die UGÖD ist ein eingetragener Verein (ZVR-Zahl 126495968).

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 4:

Die Blattlinie entspricht den Vereinszielen der UGÖD gemäß Vereinsstatut.

Verweise und Links:

Die UGÖD hat keinerlei Kontrolle über die Webseiten Dritter und die dort angebotenen Informationen, Waren oder Dienstleistungen.
Die UGÖD übernimmt daher keinerlei Verantwortung, aus welchem Rechtsgrund auch immer, für den Inhalt der Webseiten Dritter.

Bildmaterial:

Falls nicht explizit anders gekennzeichnet: UGÖD, UG, wikimedia.org, pixabay.com, freeimages.com, clipdealer.de, eigenes Material